

# 100% SOZIAL

## für Oberhavel

### DIE LINKE.

Zeitung zu den Kommunal- und Europawahlen 2014

## DIE LINKE will mehr Geld für Kommunen

Kommunales Investitionsprogramm soll Infrastruktur in Städten und Dörfern voranbringen

DIE LINKE in Brandenburg will die Investitionskraft der Kommunen deutlich stärken. Wir sind überzeugt davon, dass die Investitionen wie ein Konjunkturprogramm wirken und die regionale Wirtschaft beleben können. Deswegen streben wir für die Jahre ab 2015 ein kommunales Investitionsprogramm mit einem Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr an.

Für DIE LINKE war es schon immer wichtig, dass in den Städten und Gemeinden mitentschieden wird, welche Bau- bzw. Sanierungsvorhaben realisiert werden sollen und wofür das Geld der SteuerzahlerInnen ausgegeben wird.

Dass ein solches Programm wichtige Impulse geben kann, zeigte das so genannte Konjunkturprogramm II, das die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise für die deutsche Wirtschaft mildern sollte. In der Realität bewirkte es zahlreiche Investitionen in Schulen, Kindergärten und Hochschulen, Krankenhäuser, Sporthallen, Feuerwehrgebäuden, Bibliotheken, Vereinsgebäude sowie in Straßen, in die IT-Kommunikation und in die ländliche Infrastruktur.

Die Mittel für das kommunale Investitionsprogramm in Brandenburg soll nach den Vorstellungen

der LINKEN überwiegend das Land bereitstellen.

Die Kommunen steuern nach dem Vorbild des genannten Konjunkturpaketes II ihrerseits Eigenmittel bei. Zudem werden wir prüfen, inwiefern weitere Mittel des Bundes sowie EU-Gelder nutzbar sind. Eigenmittel können auch aus dem kommunalen Ausgleichsfonds kommen, damit notleidende Kommunen ebenfalls Nutzen aus dem

Investitionsprogramm ziehen können.

Die Investitionen sollen nachhaltig wirken und unter anderem in den Unterhalt von Kommunalstraßen und kommunalen Brücken, in den Erhalt von Sportstätten, in die energetische Gebäudesanierung, in die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude fließen. Dazu gehören auch Schulen. Mit diesem Investitionsprogramm werten wir einen Teil

der den Kommunen übertragenen Mittel ein weiteres Mal auf und vermehren die damit verfügbare Investitionssumme. Was dringend gemacht werden muss, kann damit leichter und schneller in Angriff genommen werden. Das dient der Erhöhung der Lebensqualität in den Städten und Dörfern.

*Christian Görke,  
Landesvorsitzender  
der LINKEN in Brandenburg*



Ergänzend durch das Konjunkturpaket II ist in Weisen in der Prignitz ein vielseitiger, gut besuchter Dorfanger mit Dorfgemeinschaftsraum, Landmarkt, Bistro, Buschbackofen und Spielplatz entstanden.



## Am 25. Mai wählen gehen

Der letzte Mai-Sonntag ist ein wichtiges Datum für die Bürgerinnen und Bürger im Land, denn an diesem Tag bestimmen sie darüber, was künftig in ihren Kommunen, in ihrem Landkreis und auch in Europa passiert. Fragen wie gute Arbeit, Bildung von Anfang an und Finanzierbarkeit sind zu beantworten. Trotz Haushaltszwängen. Bei uns in Teltow-Fläming wurde der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplan 2014 einstimmig beschlossen. Jetzt gilt für unseren Landkreis das, was auch für jeden privaten Haushalt gilt: Es darf nicht mehr ausgegeben werden, als Einnahmen da sind. Haushaltskonsolidierung hat Vorrang, denn wir wollen die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen sichern. Und so stellen wir jede Aufgabe auf den Prüfstand, wo etwas ohne Schaden verschoben oder auch anders organisiert werden kann, haben wir das getan. Bei diesen Entscheidungen haben wir die Zukunftsaufgaben für Ältere und Jüngere im Blick – die Teilhabe an Bildung und Kultur und Sport, Gesundheit und Mobilität. Trotz Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau sind die so genannten freiwilligen Leistungen nicht gestrichen worden. Auch die unentgeltliche Schülerbeförderung wird es weiterhin geben. Dies gelang nur durch Offenheit, Transparenz, einander zuhören und Hinweise ernst nehmen. So kann Politik gelingen. Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie am 25. Mai den Kandidatinnen und Kandidaten Ihre Stimmen, denen Sie genau das zutrauen.

*Kornelia Wehlan, (DIE LINKE)*

(Anm. der Redaktion: Die Autorin ist Landrätin im Landkreis Teltow-Fläming)



„Die LKW Maut auf Autobahnen hat zu einer enormen Zunahme des LKW- Verkehrs und der damit verbundenen Lärmbelastungen geführt.“, sagte Diana Wunderlich bei einem Vorort-Termin an der B167. Foto R. W.

## Drei Kreuze bei der LINKEN

Trotz Föderalismus und kommunaler Selbstverwaltung haben Bundes- und Landesgesetze erheblichen Einfluss darauf, was in den Kommunen geschieht, z.B. Verkehr durch eine Kommune durch- oder herumschleppen.

Als Abgeordneter sowohl der Bundes- als auch der kommunalen Ebene konnte ich bisher deutlich machen: Auf DIE LINKE ist Verlass auch nach der Wahl!

So hatten wir uns klar für neue Verkehrskonzepte zur Vermeidung von LKW-Transporten auf der Straße ausgesprochen. Gleichzeitig demonstrierten wir mit Bürger-

initiativen für die Schaffung von Ortsumgehungen an der B5 und der B96. Mit den kommunalen Abgeordneten der LINKEN bin ich dafür aktiv, dass die EinwohnerInnen mit ihren Vorschlägen, Sorgen und Nöten ernst genommen werden.

In OHV tritt DIE LINKE mit 44 KandidatInnen zur Kreistagswahl an. Ich möchte dazu beitragen, Kreis- und Bundesebene weiter zu vernetzen. Dazu braucht es Ihre Stimmen!

Am 25. Mai deshalb drei Kreuze bei der LINKEN!

*Ihr Harald Petzold,  
Mitglied des Bundestages*

Für alle Kinder:

## Längeres gemeinsames Lernen

Die Gemeinschaftsschule ist für uns Linke ein zukunftsfähiges Modell für Brandenburg. In dieser Schule können unsere Kinder länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen. Sie werden entsprechend ihrer Neigungen, Talente und Begabungen optimal gefördert. Sie werden nicht sortiert, sondern integriert. Jeder Schulabschluss soll in dieser Schule möglich sein. Die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Kindern und Jugendlichen wird als Chance für ein erfolgreiches, kreatives Lernen und für die Entwicklung sozialer Kompetenzen betrachtet. Wir wollen diese Schule gemeinsam im Dialog mit Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen, mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie mit allen an Schule Beteiligten langfristig in Brandenburg einführen. Auf dem Weg dahin müssen die bestehenden Schulformen für SchülerInnen durchlässiger werden. Dafür brauchen wir gleiche Rahmenpläne und Stundentafeln für Oberschulen, Gesamtschule und Gymnasien bis zur Klasse 9. Wir stärken die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe und schaffen Anreize zur Zusammenführung von Grund- und weiterführenden Schulen. Wir streben den Einsatz von mehr SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und Sonder- bzw. InklusionspädagogInnen an.

Wir fördern in Zusammenarbeit mit den Kommunen den Ausbau weiterer inklusiver Grundschulen. Neben einer intensiven pädagogischen Vorbereitung bedarf es der entsprechenden personellen und sachlichen Ausstattung dieser Schulen. Diese Schule bietet allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel, von der Herkunft oder dem Wohnort der Eltern abhängen. Jedes Kind in allen Regionen des Landes hat eine Zukunft verdient und deshalb brauchen wir die Gemeinschaftsschule.

# Wir stärken die kommunale Familie

Ute Hustig, Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthetal, befragt Brandenburgs Finanzminister Christian Görke

## Wodurch unterscheidet sich ein linker Finanzminister von einem mit anderem Parteibuch?

Ein Finanzminister ist der Verantwortliche für ein klar umrissenes Aufgabengebiet. Er kann nicht aufgrund seines Parteibuches über mehr oder weniger Geld verfügen. Da ich jedoch davon ausgehe, dass die meisten Leserinnen und Leser dieser Zeitung die beiden einzigen linken Finanzminister kennen, nämlich meinen Amtsvorgänger Helmut Markov und mich, beantwortet sich die Frage doch fast von selbst. Oder erkennen Sie sehr viele Ähnlichkeiten zwischen uns und, sagen wir mal, Herrn Schäuble? Uns unterscheidet die Herangehensweise an Politik. Wir bleiben dabei: Unsere Haushaltspolitik wird immer soziales Augenmaß wahren. Das ist keine leichte Aufgabe, aber der stellen wir uns auch in der kommenden Wahlperiode.

## Woher speisen sich die Finanzen einer Kommune?

Die Gelder der Kommunen stammen aus der gleichen Quelle wie die des Landes und des Bundes. Es sind die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die uns anvertraut sind. Damit sorgsam umzugehen und sie zu vermehren, ist Aufgabe aller, die politische Entscheidungen zu treffen haben.

Die wichtigste eigene Einnahmequelle der Kommunen ist zum Beispiel die Gewerbesteuer. Jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister hat also die Chance, selbst mit zu beeinflussen, wie viel Geld für soziale oder kulturelle Vorhaben ausgegeben werden

kann, indem sie ihren Handwerks- und Gewerbebetrieben gute Bedingungen bereit stellen und neue Unternehmen in den Ort holen.

## Was hat die rot-rote Landesregierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode an der Finanzierung der Kommunen geändert?

Wir haben die finanzielle Lage der Kommunen gestärkt. 2011 haben wir den Demografie-Faktor eingeführt und inzwischen auf fünf Jahre ausgeweitet. Davon profitieren Kommunen mit Einwohnerrückgang. Sie erhalten übergangsweise

dem Ausgleichsfonds Hilfen erhalten, um überregional bedeutsame Investitionen realisieren zu können. Mit Beginn dieses Jahres führten wir den Jugendhilfelastenausgleich ein. Und auch die solidarische Finanzausgleichsumlage, die oft als „Reichensteuer“ verunglimpft wird, ist ein Kind der LINKEN, um in der kommunalen Familie das Prinzip, dass der Stärkere dem Schwächeren hilft, zu verankern.

## In den Gemeinden wird immer über Instandhaltungsrückstau - vor allem an Straßen, Rad- und

periode ein kommunales Investitionsprogramm im Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr auflegen. Es wird ein zentrales Vorhaben im Landeswahlprogramm der Linken sein (Siehe auch S.1 dieser Zeitung).

## Was haben Sie vor, um die finanzielle Lage der Kommunen generell zu verbessern?

Von unserer soliden Haushaltspolitik partizipieren die Kommunen gleichermaßen wie das Land. Nach der jüngsten Steuerschätzung im November 2013 wurden für dieses

Jahr Steuermehreinnahmen in Höhe von 19,2 Millionen Euro vorhergesagt. Wir haben diese Summe in den Nachtragshaushalt 2013/14 eingestellt, so dass die Kommunen davon 3,82 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Dank der Steuermehreinnahmen fällt die für 2013 erwartete Spitzabrechnung des kommunalen Finanzausgleichs auch besser als erwartet aus. Vom Plus in Höhe von 9,72 Millionen Euro reicht das Land die Hälfte - also 4,86 Millionen



mehr Schlüsselzuweisungen als ihnen nach der aktuellen Einwohnerzahl zustehen würde. So können sie den Strukturwandel besser gestalten. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, dass auch finanziell angeschlagene Kommunen aus

## Gehwogen, aber auch Schulen und anderen kommunalen Gebäuden - geklagt. Haben Sie eine Idee, was wir dagegen machen könnten?

Genau für dieses Problem möchten wir in der nächsten Legislatur-

Euro - schon vorfristig in diesem Jahr an die kommunale Familie weiter. Es kommt aber immer auch auf die Kommunen selbst an. Das Land kann Hilfen geben, aber dies sollen immer auch Hilfen zur Selbsthilfe sein.

# Leistungsfähige und moderne Krankenhäuser

84 Prozent der Patientinnen und Patienten in Brandenburg würden ihr Krankenhaus weiterempfehlen. Das hat eine der größten Befragungen in Deutschland ergeben, deren Ergebnis im vergangenen Jahr vorgestellt wurde. Brandenburg liegt damit über dem Bundesdurchschnitt.

„Unsere Krankenhäuser leisten eine gute Arbeit. Sie sind ein wichtiger Anker in der gesundheitlichen Versorgung im Land. Und wir tun alles, um sie für die Zukunft fit zu machen“, erläutert Gesundheitsministerin Anita Tack mit Blick auf die 53 Krankenhäuser mit 62 Standorten. Über eine halbe Million

Patientinnen und Patienten werden jährlich hier versorgt.

Rund vier Milliarden Euro Fördermittel wurden seit Gründung des Landes für den Auf- und Ausbau zur Verfügung gestellt, davon rund 2,77 Milliarden aus Landesmitteln. „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und unsere Krankenhäuser in erheblichem Umfang wirtschaftlich gestärkt“, so Tack. DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass zu Jahresbeginn 2013 die Krankenhausfinanzierung von einer Einzelinvestitionsförderung auf eine verlässliche Investitionspauschale umgestellt wurde. 2014 trat der neue Krankenhausplan in Kraft.

Da über zwei Drittel aller Krankenhausleistungen von Menschen im höheren Lebensalter in Anspruch genommen werden, hat die Landesregierung die Krankenhausleistungen in der Geriatrie, in der Inneren Medizin und in der Neurologie deutlich erhöht. Tageskliniken verstärken die Präsenz von Krankenhausleistungen in der Fläche.

„Gerade in der Altersmedizin helfen Tageskliniken einen Krankenhausaufenthalt zu verkürzen oder zu vermeiden. Patientinnen und Patienten können schneller in ihre häusliche Umgebung zurückkehren und wieder aktiv am Leben teilhaben“, begründet Tack diesen Schritt.

Darüber hinaus stehen landesweit 30 Kliniken mit rund 5.400 Betten für medizinische Rehabilitation bereit.

Gleichzeitig zählen die Brandenburger Krankenhäuser und Rehakliniken in den jeweiligen Städten und Kreisen zu den größten Arbeitgebern und sichern damit vielen Familien das Haushaltseinkommen. Mehr als 27.000 Beschäftigte haben hier ihren Arbeitsplatz.

Gerade für diese vielen engagierten Beschäftigten in den Brandenburger Kliniken ist das Umfrageergebnis eine schöne Auszeichnung und Ansporn für weitere gute Leistungen.



**Was gehört uns allen? Entscheiden Sie mit!**

**DIE LINKE.**

www.dielinke-kommunal.de

# Bus und Bahn: Schneller hin und weg

Bus- und Bahnverkehr im ländlichen Raum muss attraktiver werden, meint Lukas Lüttke

Wer in Berlin zur Arbeit, Schule oder Uni muss, braucht eine schnelle Verbindung. Auch für Freizeitaktivitäten in der Hauptstadt ist diese mehr als praktisch. Deshalb fordert DIE LINKE eine Regionalbahn von Birkenwerder nach Berlin, um die Fahrtzeiten zu verkürzen und um die oft vollen S-Bahnen zu entlasten. Und endlich den S-Bahn-Anschluss für Velten. Die rasante Entwicklung in den S-Bahn-Gemeinden ist der – trotz häufiger Verspätungen und Zugausfälle – vergleichsweise guten Anbindung an Berlin zu verdanken. Deshalb verstehen wir nicht, dass der Takt der S8 in den letzten Jahren ausgedünnt wurde und die Bahn nachts nur noch im Stundentakt fährt. DIE LINKE unterstützt Initiativen, die sich für den Anschluss Velten an die S-Bahn einsetzen und fordert einen zuverlässigen 20-Minuten-Takt der S8 0- auch abends und am Wochenende. Auch sind wir der Meinung, dass die S-Bahn von Berlin-Frohnau nach Hohen Neu-



Lukas Lüttke setzt sich für eine bessere Anbindung des ländlichen Raums an den ÖPNV ein.

endorf nicht auf Dauer eingleisig bleiben kann – die Wiederherstellung des zweiten Gleises ist jedoch Aufgabe des Bundes und der Bahn.

Ganz wichtig: Die Fahrpläne der Buslinien müssen besser auf die Bahn abgestimmt werden und dort, wo sich reguläre Buslinien nicht lohnen, ist ein flexibler Einsatz von Rufbussen zu prüfen. Dies gilt besonders für den ländlichen Raum,

wo die Wege weit und die Menschen auf Busse angewiesen sind. Auf bereits gut ausgelasteten Linien sollen die Busse öfter fahren, denn hier gilt das Prinzip: Angebot schafft Nachfrage. Auf einen Bus, der nur einmal pro Stunde fährt, verlässt man sich nicht gern, bei einem 20-Minuten-Takt wird die Linie jedoch deutlich attraktiver und die Zahl der Fahrgäste steigt. Dass

Touristen um so lieber zu uns kommen, je leichter sie uns mit Bahn und Bus und mitgebrachten Fahrrädern erreichen, versteht sich von selbst. DIE LINKE steht wie keine andere Partei zum öffentlichen Personennahverkehr, denn er entspricht unseren Grundüberzeugungen: 100% sozial, 100% nachhaltig!

Lukas Lüttke

**DIE LINKE. Oberhavel**  
Bernauer Straße 71  
16515 Oranienburg  
Tel.: 03301 200990  
Email: info@die-linke-ohv.de  
www.dielinke-oberhavel.de

# Mit leerem Magen kann man nicht lernen

Ein kostenfreies und gesundes Mittagessen für alle Kinder fordert Anja Friedrich

Seit dem Sodexo-Skandal wurde in Oberhavel immer wieder über die Qualität der Essensversorgung in den Schulen und Kindergärten der Region diskutiert. Das ist sehr wichtig, zeigt es doch, dass es den Menschen eben nicht mehr egal ist, wo und wie ihr Essen zubereitet wird.

Vor allem die Mittagsversorgung in Schule und Kindergarten darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Jedes Kind benötigt ein gesundes, nahrhaftes Mittagessen, um sich gut entwickeln zu können. Durch immer zunehmende Betreuungszeiten in der Kita und zunehmenden Ganztags-schulbetrieb wird das Mittagessen ein Teil des Kita- und Schulalltags.

In Hennigsdorf sind wir schon einen Schritt in die richtige Richtung gegangen, denn gesundes Essen darf kein Luxus sein. Es gibt für Eltern mit geringem Ein-



kommen die Möglichkeit, sich einen Teil des Essengeldes wieder von der Stadt zurück-zuholen. So bleibt ein Eigenanteil von 50 Cent pro Mittagessen.

Langfristig strebt DIE LINKE bundesweit ein kostenfreies gesundes Mittagessen für alle Kinder an.

Nur über die Qualität sagt der Preis des Essens noch gar nichts aus.

Die Qualität aber ist entscheidend dafür, wie gut und gesund sich die Kinder entwickeln.

DIE LINKE setzt sich für ein Mittagessen ein, das am besten vor Ort zubereitet wird und deren Produkte aus der Region kommen und frisch sind.

Kinder sind unsere Zukunft, an ihnen darf nicht gespart werden! Genau mit dieser Priorität macht DIE LINKE Politik.

Anja Friedrich

## Unsere KandidatInnen im Wahlkreis 1

(Fürstenberg, Kremmen, Liebenwalde, Löwenberger Land, Zehdenick und Amt Gransee u. Gemeinden)



**1. Ralf Wunderlich**, IT-Systemkaufmann aus dem Löwenberger Land, 42 Jahre



**2. Vera Winkler**, Diplom-Journalistin, Fürstenberg, 59 Jahre



**3. Karin Kockel**, Dipl.-Agraringenieurin, Stechlin, 54 Jahre

**4. Siegfried Mattner**, Rentner, Liebenwalde, 72 Jahre

**5. Dr. Jutta Franz-Reichel**, Ärztin, Zehdenick, 59 Jahre

**6. Reiner Tietz**, Rentner, Kremmen, 75 Jahre

**7. Käthe Zarges**, Rentnerin, Fürstenberg, 75 Jahre

**8. Marcel Stutz**, Bundesgeschäftsführer für Finanzen, Zehdenick, 32 Jahre

**9. Claus Dieter Wilksch**, Steuerfachgehilfe, Zehdenick, 58 Jahre

**10. Klaus Pölit**, Rentner, Gransee, 64 Jahre

**11. Manfred Saborowski**, EU-Rentner, Fürstenberg, 58 Jahre

**Unsere KandidatInnen im Wahlkreis 2**  
(Hennigsdorf, Oberkrämer und Velten)



**1. Jan Gieseler**, Student, Hennigsdorf, 27 Jahre



**2. Anja Friedrich**, Kulturwissenschaftlerin, Hennigsdorf, 28 Jahre



**3. Diana Wunderlich**, Telekommunikationskauffrau, Löwenberger Land, 41 Jahre

**4. Patrick Zechel**, AZUBI Sozialpädagoge, Oberkrämer, 23 Jahre

**5. Wera Quoß**, Rentnerin, Hennigsdorf, 75 Jahre

**6. Klaus Komoßa**, Rentner, Velten, 73 Jahre

**7. Günter Franke**, Rentner, Oberkrämer, 63 Jahre

**8. Bernd Schulze**, Verkäufer, Velten, 50 Jahre

**9. Reinhard Weber**, Rechtsanwalt, Velten, 68 Jahre

Wera Quoß zieht im Mai nach Weinböhla und ist damit nicht mehr wählbar.

## Musikveranstaltungen sind Ausdruck von Lebensqualität

Freizeit ist in unserer Gesellschaft ein hohes Gut geworden. Freizeit ist wichtig und notwendig für alle Menschen.

Umso schöner also, wenn im Landkreis Oberhavel verschiedene Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung bestehen.

Was gibt es schöneres, als die Seele baumeln zu lassen und Live-Musik zu genießen. Bisher gab es dafür in unserem Kreis immer viele Gelegenheiten. Gut besuchte Events wie die Strandparty am Bernsteinsee, die Rocknacht Gransee, das Löwenberger und das Birkenwerder Open Air, Rock am Hafen in Hennigsdorf und verschiedenste Stadt- und Gemeindefeste zeigen uns, dass Musikkultur etwas ist, das in Oberhavel nicht mehr wegzudenken ist.

All diese Bühnen, die immer wieder aufgestellt werden, bieten so-



Jan Gieseler ist Sänger der Band Castro.

wohl jungen als auch etablierten Künstlern Raum, sich und ihre Musik dem Publikum zu präsentieren. Sie bieten unterschiedlichste Stilrichtungen und sprechen viele Altersgruppen an. Musikveranstaltungen steigern unsere Lebensqualität und machen unseren Landkreis zu einem lebenswerteren Ort.

Ich persönlich bin sehr froh darüber, dass es ein so großes und vielfältiges Angebot überhaupt gibt. Zusammen mit meiner Partei DIE LINKE setze ich mich dafür ein, diese Kultur zu erhalten und die oft auch ehrenamtlichen Organisatoren auf allen Ebenen zu unterstützen.

Es braucht stabile finanzielle Mittel und weniger Bürokratie. Auf dass wir alle auch noch mit den nächsten Generationen richtig „abrocken“ können.

Jan Gieseler

## Regionale Wirtschaftskreisläufe fördern

Bei der Erarbeitung unseres Wahlprogramms legten wir auf die Entwicklung des ländlichen Raumes und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe besonderes Augenmerk.

Dass wir die industriellen Kerne stärken wollen, versteht sich von allein. Hierzu zählen das Mittelzentrum Gransee-Zehdenick und der regionale Wachstumskern, bestehend aus Oranienburg, Hennigsdorf und Velten.

Wir wollen, dass es künftig in Oberhavel noch mehr Direktvermarkter gibt. Ob konventionelle oder Ökolandwirtschaft, wenn wir es schaffen, dass die Wertschöpfung aus landwirtschaftlichen Produkten in Oberhavel bleibt, profitiert die gesamte Region.

Wir wollen im Kreis eine Stelle zur Beratung und Vernetzung von Erzeugung, Verarbeitung und Ver-



trieb von landwirtschaftlichen Produkten und des Tourismus einrichten. Besonderes Augenmerk bei der Vermarktung müssen wir dabei

auf den Raum Berlin legen. Ist es doch heute schon so, dass die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln größer ist als es das Angebot aus

Brandenburg befriedigen kann. Meist sucht man in den Regalen vergeblich nach Brandenburger Bio-Produkten. Nur auf Druck der Fraktion der LINKEN im Landtag ist es gelungen, dass die Förderung der Umstellungsperiode zum Ökolandbau erhalten blieb. Das reicht aber noch nicht aus. Die Erzeugung ist das eine. Um die Wertschöpfung der Veredelung und Vermarktung nicht Großunternehmen zu überlassen, müssen wir es den Bauern besser ermöglichen, sich zu vernetzen. Die Ver-

edelung und Vermarktung kann zum Beispiel in Genossenschaften erfolgen.

Ralf Wunderlich

## Für ein gentechnikfreies Oberhavel

DIE LINKE setzt sich für ein gentechnikfreies Oberhavel ein!

In der Vergangenheit wurde bereits Genmais in erheblichen Größenordnungen in Oberhavel angebaut. Die Risiken für Mensch und Natur waren damals wie heute nicht erforscht. Durch massiven Protest ist es gelungen, den Genmais von unseren Feldern zu verbannen und ein Anbauverbot in der BRD zu erreichen. Nun droht neue Gefahr durch die Zulassung des Genmais 1507.

Deutschland hätte die Chance gehabt, das zu verhindern. CDU und SPD konnten sich nicht zu einem „Nein“ durchringen und haben zur Zulassung innerhalb der EU beigetragen.

Bei einem Anbau gelangt der Genmais ohne Kennzeichnung in die Nahrungskette, er wird an Rinder verfüttert und findet sich dann im Fleisch und in der Milch wieder. Durch das im Pollen gebildete Insektizid (Bt-Toxin) sind Schmetterlinge und Bienen gefährdet. Die

Pollen und damit das Toxin werden wir dann einatmen. Auch die Mäe, mit Genmais könnte der Welthunger bekämpft werden, ist längst widerlegt. Die Bauern begeben sich in eine Abhängigkeit zu den Saatgut-Konzernen. Sie dürfen kein eigenes Saatgut herstellen und müssen teures Pflanzenschutzmittel kaufen, was zusätzlich die Böden verseucht.

Das zwischen EU und USA geplante Freihandelsabkommen „TTIP“ ist eine weitere Gefahr. Es ist davon

auszugehen, dass dadurch die Einfuhr gentechnisch veränderter Lebensmittel, wie Klonfleisch, erleichtert und die Kennzeichnungspflicht aufgeweicht wird.

Bereits heute werden auch in Oberhavel Rinder mit Kraftfutter aus Gensoja gefüttert. Sorgen wir dafür, dass dieses Fleisch, die Milch und alle Folgeprodukte künftig wenigstens gekennzeichnet werden müssen!

Ralf Wunderlich, Direktkandidat für die Landtagswahl im Wahlkreis 7

## Zwei Jahre Ein-Euro-Frühstück

Seit April 2012 gibt es nun schon das Ein-Euro-Frühstück der AG Soziales bei der LINKEN Oberhavel. Mit dem Frühstück soll Hilfe zur Selbsthilfe für sozial benachteiligte Menschen gegeben werden. Die Themenpalette reichte bisher von Gesundheitspolitik mit Informationen zur Patientenverfügung über Informationen zum Pfändungsschutzkonto bis hin zu der Frage, ob das Jobcenter

wie Rechtsanwälte zum Frühstück ein, die auf Sozialrecht spezialisiert sind. So war es auch kürzlich beim Thema „Wohngeld als Sozialleistung“, die auch eine Alternative zur Grundsicherung sein kann. Zu Gast war Rechtsanwalt Ludwig Zimmermann, der im Januar einen Kommentar zum Wohngeldgesetz veröffentlicht hat. Für Geringverdiener, Rentner und Menschen mit Vermögen kann Wohngeld

eine sinnvolle Alternative zu Hartz-IV-Leistungen sein. Der Bezug von Wohngeld ist erst bei erheblichem Vermögen ausgeschlossen, wobei die Rechtsprechung einen Betrag von über 80.000 Euro als erhebliches Vermögen annimmt. Für Wohneigentümer ist interessant, dass auch Tilgungsleistungen bei der Ermittlung des Anspruches berücksichtigt werden. Heizkosten werden wiederum nicht berücksichtigt, das kann sich nachteilig auswirken. Menschen mit geringem Einkommen haben eventuell Anspruch auf den Kinderzuschlag. Nachrechnen lohnt sich: Einfach bei der Wohngeldbehörde eine Proberechnung verlangen.

*Michael Elte,  
Sprecher der AG Soziales*



So lecker sieht der Frühstückstisch beim Ein-Euro-Frühstück bei der LINKEN Oberhavel aus.

mich schon mit 64 Jahren in Rente schicken darf. Fast alle behandelten Themen werden dann noch einmal in unserer Mitgliederzeitschrift widerspiegelt und sind auf [www.dielinke-ohv.de](http://www.dielinke-ohv.de) nachzulesen.

Um ausreichend Fachwissen vertreten zu haben, lädt die Arbeitsgemeinschaft Bundes- und Landtagsabgeordnete so-

## Wenn Wohnen zum Luxus wird...

„Ich würd' ja gern endlich ausziehen, aber ... ich finde einfach nichts“. Immer öfter höre ich Sätze wie diesen und er kommt sicher vielen Menschen bekannt vor.

Seit den letzten Jahren gibt es das Problem der Wohnungsknappheit nicht mehr nur in Großstädten wie Berlin, Hamburg oder Köln. Auch im Oberhaveler Speckgürtel taucht es nun immer wieder auf. Auszubildende und Studenten, aber auch mehr und mehr Rentner, leiden unter dieser Entwicklung. Wer nicht die größte Geldbörse hat, findet entweder gar keine Wohnung oder muss dort wohnen bleiben, wo es nicht mehr dem Alter entspricht.

Der erste Schritt in Städten, Gemeinden und im Landkreis muss sein, nicht die Augen vor den neuen Herausforderungen zu verschließen.

Maßnahmen sollen erarbeitet werden und das sofort.

Mehr Wohnungen müssen alters- und behindertengerecht umgebaut werden. Generell muss es aber einfach mehr Wohnraum geben, um allen Menschen, die es wollen, auch eine Unterkunft bieten zu können.

Niemand braucht dabei an neue Satellitenstädte zu denken, oft reicht es doch schon, freie Flächen eben nicht als Gewerbegebiete, sondern als Wohnflächen auszuweisen.

Mehr Wohnraum, bezahlbar für jeden und das nicht nur in bestimmten Stadtteilen, sollte das Ziel einer sozialen Stadtentwicklung sein. Private Investoren aber natürlich auch Wohnungsgenossenschaften und kommunale Wohnungsbauunternehmen sind



DIE LINKE hat mit durchgesetzt, dass die Stadtwerke Oranienburg rekommunalisiert werden und der Strom bezahlbar bleibt.

## Linke Wirtschaftspolitik...

...orientiert sich an Bedürfnissen der Bürger

Geht es um wirtschaftliche Fragen, wird der Partei DIE LINKE meist nur wenig Kompetenz zugestanden. Zu Unrecht, denn auch linke Kommunalpolitiker wissen genau, dass 100% sozial nur machbar ist, wenn der Landkreis wirtschaftlich stark und finanziell gut aufgestellt ist. Aus diesem Grund ist eine eigenständige linke Wirtschaftspolitik im Kreis notwendig, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der Bürger Oberhavel orientiert.

Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der Wirtschaftskraft unserer Region, die unbürokratische Förderung der einheimischen Wirtschaft und eine mittelstandsorientierte Kreisverwaltung insbesondere für Klein- und Kleinbetriebe stehen ebenso weiterhin im Fokus, wie der Erhalt und der Ausbau effektiver und effizienter kommunaler Unternehmen als wichtige Arbeitgeber in der Region und als Dienstleister für die Bürger oder die Sicherung kommunalen Eigentums nicht nur im Rahmen der üblichen kommunalen Daseinsfürsorge.

Es geht um eine nachhaltige Beschäftigungspolitik im Kreis.

In kommunalen Gesellschaften und Einrichtungen sind kontinuierliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, wo bereits heute mit einer guten Berufsausbildung das künftig in der Region benötigte Fachpersonal herangebildet wird.

Die kreislichen Unternehmen müssen stärker als bisher umsteuern auf ein ressourcensparendes Wirtschaften, die Nutzung erneuerbarer Energien, regionale Wirtschaftskreisläufe und eine nachhaltige Beschäftigungspolitik. Ziel muss es sein, erwirtschaftete Gewinne nicht nur zu reinvestieren oder in die Rücklagen zu überführen, sondern in angemessener Höhe den Bürgern des Landkreises über freiwillige soziale Leistungen zuzuführen.

Der weitere verbraucherfreundliche Ausbau des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs mit einer ganzjährig kostenlosen Nutzung für Kinder, Schüler und Jugendliche im gesamten Kreisgebiet wäre ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung!

*Ralph Bujok*

Unsere KandidatInnen im Wahlkreis 3 (Leegebruch und Oranienburg)



1. **Ralph Bujok**, Beratender Betriebswirt, Oranienburg, 56 Jahre



2. **Elena Miropolskaja**, Vorsitzende der Jüdische Gemeinde LK Oberhavel e.V., Oranienburg, 55 Jahre



3. **Sophie Friese**, Studentin, Hohen Neuendorf, 23 Jahre

4. **Frank Eichelmann**, Beamter, Oranienburg, 55 Jahre
5. **Monika Wernecke**, Rentnerin, Oranienburg, 68 Jahre
6. **Giso Siebert**, Dipl.-Politikwiss., Leegebruch, 43 Jahre
7. **Monika Stöckel**, Erzieherin, Oranienburg, 57 Jahre
8. **Michael Fehlow**, Ingenieur, Oranienburg, 63 Jahre
9. **Irmgard Kertscher**, Dipl.-Chemikerin, Oranienburg, 59 Jahre
10. **Enrico Rossius**, Bürokaufmann, Oranienburg, 37 Jahre
11. **Pierre Schwering**, Sozialpädagoge, Oranienburg, 42 Jahre
12. **Michael Elte**, Diplommjurist, Oranienburg, 47 Jahre



daher bei Neubau und Modernisierung von Wohnraum zu unterstützen. Hindernisse durch Bürokratie sind abzubauen und Anreize

zu schaffen. Wohnen ist Grundrecht und nicht Luxus!

*Jan Gieseler*

**Unsere KandidatInnen im Wahlkreis 4**

(Birkenwerder, Glienicke, Hohen Neuendorf und Mühlenbecker Land)



**1. Lukas Lüdtkke**, Student, Hohen Neuendorf, 25 Jahre



**2. Elke Bär**, Lehrerin, Glienicke/Nordbahn, 55 Jahre



**3. Kerstin Rennspieß**, Feinmechanikerin, Mühlenbecker Land, 42 Jahre

**4. Marian Przybilla**, Lehrer, Hohen Neuendorf, 61 Jahre

**5. Dr. Gertraud Mohr**, Rentnerin, Hohen Neuendorf, 76 Jahre

**6. Sebastian Kullack**, Dipl. Verwaltungswirt, Hohen Neuendorf, 31 Jahre

**7. Ullrich Richter**, Handwerker, Hohen Neuendorf, 61 Jahre

**8. Daniel Wilke**, Student, Hohen Neuendorf, 28 Jahre

**9. Peter Ligner**, Rentner, Birkenwerder, 66 Jahre

**10. Klaus-Dieter Hartung**, Bürgermeister, Hohen Neuendorf, 57 Jahre

**11. Uwe Kortmann**, Dipl.-Ing. konst. Ingenieurbau, Mühlenbecker Land, 73 Jahre

**12. Thomas Pump**, Elektriker, Mühlenbecker Land, 46 Jahre

# Wo, bitteschön, in Hohen Neuendorf ist Europa?

Klaus-Dieter Hartung, Bürgermeister in Hohen Neuendorf, zeigt Erfolge von Europa

Überall um uns herum ist Europa. Hohen Neuendorf liegt nach unserem Gefühl mitten in Europa, auch wenn der geographische Schwerpunkt von hier aus hinter Polen liegt. So richtig weiß man sowieso nicht mehr, wo Europa anfängt oder wo es aufhört. Bei Amerika ist das einfach: Es fängt am Atlantik an und hört am Pazifik auf. Wir Europäer haben dieses Wir-Gefühl der Amerikaner noch nicht.

Alle Politiker sprechen immer vom „Vereinten Europa“ – und wie sollen wir Bürger das verstehen? Wer ist hier mit wem vereint und warum? Hohen Neuendorf ist beispielsweise durch Städtepartnerschaften mit Janow Podlaski (Polen) und Maing (Frankreich) vereint. Auf jeden Fall muss Europa ja wohl da sein, wo man mit dem Euro bezahlen kann, sonst würde er ja nicht Euro heißen.

Aber Tschechien hat Kronen, die Schweiz den Franken und Polen den Zloty und alle liegen mitten in Europa. Also muss doch da, wo die Europäische Union Geld hinschickt, Europa sein. Über die Währung allein scheint es sich nicht so einfach zu erklären, jedenfalls nicht so richtig. Und doch liegt genau da der Schlüssel, denn immer, wenn wir in unseren Kommunen Geld brauchen, rufen wir nach dem Land oder nach dem Bund oder nach Europa. Also muss da das Geld liegen, das alle so dringend haben wollen. Da liegt es aber nur, weil wir, wir Bürger aus dieser kleinen märkischen Stadt, es zum Verteilen dahin ge-



**Klaus-Dieter Hartung (DIE LINKE) ist Bürgermeister in Hohen Neuendorf**

schickt haben. Wir holen uns somit nur wieder, was uns sowieso schon gehört, denn noch ein paar Jahre profitieren auch wir Brandenburger noch von der Förderung, die aus Brüssel in die armen Randgebiete der Europäischen Union fließt. Na das hört sich doch schon mal gut an!

Wo aber bitte schön liegt nun Europa oder besser das Geld aus Europa in Hohen Neuendorf? Schauen wir doch mal auf das Aushängeschild der Stadt, die energetisch modernste Schule Europas in der Niederheide. Oh, Fehlanzeige: Da sind zwar fast eine Million Fördermittel vom Bund für bisher nicht

eingeführte Energiespartetechnik investiert worden, aber Land, Kreis und auch Europa haben sich dezent zurückgehalten. Nur die Bürger der Stadt haben diese Schule für ihre Kinder gebaut und bezahlt!

Doch halt, liegen da nicht ein paar Geldscheine in meiner Brieftasche? Was ist denn da zu sehen? Brücken!!! Das muss es sein! Ja das ist es! Die Brücken, da liegt Europa mitten in Hohen Neuendorf! Als bestes Beispiel dient da wohl – in Anlehnung an meine zweite Heimat – Dresden – das „Rote Wunder“ am Bahnhof Bergfelde! Nicht alle sind von seiner dezenten Schönheit begeistert, aber wenn wir die

Schlussrechnung aufmachen, dann werden wir ganz schnell merken, dass die deutliche Mehrheit des Geldes, welches wir aus den Förderöpfen des Landes Brandenburg bekamen, ursprünglich aus Brüssel kommt und zwar nur deshalb, weil es die Parlamentarier aus dem Strasbourger Europaparlament dahin geschickt haben.

Auch aus diesem Grund wollen wir unseren Brandenburger Abgeordneten Helmut Scholz wieder im Europäischen Parlament sehen, denn „Brücken“ wollen wir bauen. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Stimme – für Europa und DIE LINKE!

*Klaus-Dieter Hartung*

## Helfen statt hetzen

Wer Angst vor Fremden hat, sollte dafür sorgen, dass ihm andere Menschen nicht fremd sind

Sie leben mit vier anderen Menschen in einem kleinen Raum und Ihre Mitbewohner wurden Ihnen einfach zugewiesen? Sie müssen mit Gutscheinen einkaufen gehen und es gibt statt Wechselgeld böse Blicke Ihrer Mitmenschen? Müssen Sie jeden Tag damit rechnen, dass Sie oder Ihre Kinder spontan verhaftet werden? Behindert man Ihren Kontakt zur Gesellschaft und verbietet Ihnen per Gesetz das Arbeiten? Behaupten Menschen, die Sie noch nie gesehen haben, Sie wären kriminell?

Nein? Dann haben Sie wohl das Glück, nicht vor Hunger, Krieg und Verfolgung geflohen zu sein.

In Oranienburg und Gransee entstehen derzeit neue Gemeinschaftsunterkünfte. Kaum wurde dies bekannt, sammelten sich nicht nur



**Trotz der seit Jahren anhaltenden Proteste hält der Landrat an der Gutscheinpraxis fest und handelt gegen den Kreistagsbeschluss zur Abschaffung der Gutscheine.**

Nazis, um auf Basis der alt bekannten Vorurteile Sozialneid und

Angst zu schüren. Mehr als 20 Jahre leben jetzt in Hennigsdorf

Geflüchtete. Gibt es nun Kriminalität, Einbrüche und Frauen, die sich abends nicht mehr auf die Straße trauen dürfen?

Natürlich nicht. Stimmt auch nur eins der Vorurteile, die von der NPD und den Heimgegnern vorgebracht werden?

Natürlich nicht. Wir finden: Oranienburger und Granseer sollten nach Hennigsdorf schauen. Wer will, kann dort sehen, dass junge Flüchtlinge jetzt ihr Abitur machen.

Wer will, der kann sehen, dass Menschen, die man willkommen heißt, meist gute Nachbarn werden.

Wer Angst vor Fremden hat, sollte dafür sorgen, dass ihm andere Menschen nicht länger fremd sind. Machen wir den ersten Schritt!

*Enrico Rossius*

## Für DIE LINKE im Europäischen Parlament – der Brandenburger Helmut Scholz

Helmut Scholz, früher Diplomat, überzeugt im Europäischen Parlament durch seine ruhige, ausgleichende Art auch Abgeordnete anderer Fraktionen. Dass der Abgeordnete dennoch ungemütlich werden kann, zeigte er unter anderem immer, wenn es um Kinderarbeit ging. Scholz verhinderte durch seinen Einsatz gemeinsam mit dem Sozialdemokraten George Sabin Cutaş den Abschluss eines neuen Handelsabkommens mit Usbekistan, solange dort Kinder zur Arbeit in der Baumwollerte gezwungen werden. Mit einer anderen Resolution verurteilte das Europäische Parlament die Kinderarbeit in der Kakaoproduktion in Westafrika. Die



EU ist nun verpflichtet, sich dort für die Bekämpfung von Kinderarbeit einzusetzen.

Mit seiner kleinen GUE/NGL-Fraktion, mit 35 von 765 Abgeordneten, muss er oft gegen die existierenden Mehrheiten ankämpfen. Von den 99 deutschen EU-Parlamentariern aller Parteien ist er – so belegt es die Statistik – der Zweitfleißigste, wenn es etwa um bearbeitete Dossiers geht. „Wir haben mit dafür gesorgt, dass in Wirtschafts- und Handelsverträgen mit Entwicklungsländern Menschenrechtsaspekte einbezogen werden. Auch dass die Regulierung der liberalisierten

Finanzmärkte heute in nahezu aller Munde ist, ist nicht zuletzt der GUE/NGL zu verdanken. Für das Konto für jedermann, inzwischen selbst von der EU-Kommission gefordert, machte sich unsere Fraktion seit Jahren stark; und auch daran, dass die Kommissionspläne zu einer ungezügelter Wasserprivatisierung aufgegeben werden mussten, haben wir eine bedeutende Aktie.“ Der 59-Jährige nimmt seine Arbeit ernst. Er pendelt zwischen Brüssel, Straßburg und den von ihm „betreuten“ Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Helmut Scholz versteht sich als Teil eines

Arbeitsprozesses, an dessen Ende für die Bürgerinnen und Bürger greifbare Ergebnisse stehen sollen. Mit dem Hinzukommen neuer EU-Mitglieder wurde die Förderpolitik gerade für strukturschwache Regionen neu organisiert. Brandenburg etwa hatte einen Einbruch seiner Finanzen um circa eine Milliarde Euro zu befürchten. Also suchte Scholz das Gespräch. Über Parteigrenzen hinweg konnte so erreicht werden, dass für die ostdeutschen Bundesländer spezielle Übergangsregelungen den plötzlichen Wegfall der Mittel deutlich abfangen.

### Ernährungssicherheit

Scholz: „Es ist eine Schande, dass im Jahr 2014 noch immer 842 Millionen Menschen auf der Welt Hunger leiden. Schuld trägt daran auch die Spekulation auf Nahrungsmittel. Das Europaparlament könnte das profitable Geschäft der Banken am Hunger gemeinsam mit dem Rat verbieten. Auch aus Geld für die Rüstung könnte die Politik Geld für Landwirtschaft machen. Eine starke LINKE im Europaparlament wird dafür kämpfen.“

### TTIP stoppen

Scholz: „Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) laufen in eine gefährliche Richtung. Setzen sich darin weiter Konzerninteressen durch, sind unsere Landwirtschaft und unsere hohen Verbraucher- und Gesundheitsschutzstandards bedroht. Entscheiden wird über das Ergebnis das Europaparlament. Für ein Nein braucht es eine starke LINKE.“

## In Brandenburg willkommen

Menschen die vor Krieg, Vertreibung und Hunger fliehen, haben ein Recht auf Asyl. Während die EU-Innenminister über Maßnahmen reden, um die Grenzen der EU noch effektiver als bisher abzuschotten, will DIE LINKE legale und sichere Wege für schutzsuchende Menschen. Die „Festung Europa“ ist keine Lösung. Auch in Brandenburg suchen viele Flüchtlinge

Schutz. Wir wollen, dass sie hier willkommen sind.

Es ist unsere Pflicht ein menschenwürdiges Leben für alle zu gewährleisten. Das bedeutet unter anderem, dass die Flüchtlinge nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften weit außerhalb der Städte untergebracht werden, sondern in Wohnungen leben können. Vorurteile müssen abgebaut werden, um die

schutzsuchenden Menschen zu integrieren.

Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg hat 12,7 Millionen € extra für Kommunen, besseren Wohnraum und mehr Personal zur Verfügung gestellt. Doch immer wieder wollen alte und neue Nazis Ängste schüren, gegen die Menschen, die bei uns Schutz suchen. Wir aber wollen eine neue Will-

kommenskultur in Brandenburg schaffen, ohne Vorurteile und Ängste. Deshalb gibt es seit Ende 2013 in der LINKEN den Arbeitskreis „Willkommenskultur in Brandenburg“ in dem sich Aktive aus Vereinen und Initiativen vernetzen, um für eine bessere Flüchtlingspolitik zu wirken. Aktives Handeln und nicht wegsehen ist und bleibt unser Ziel.

## Steuer auf Finanzprodukte

Über die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer müssen derzeit die Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer entscheiden. Für die Einführung dieser Steuer auf alle Finanzprodukte der Banken, Börsen und Versicherungen hat sich als erstes EU-Gremium der Ausschuss der Regionen (AdR) auf Initiative des Brandenburger Europaministers Ralf Christoffers (LINKE) und der Europaabgeordneten Martina Michels (Foto) ausgesprochen. Im AdR sind 344 Gebietskörperschaften aus allen EU-Mitgliedstaaten vertreten, deutsche Vertreter sind die Bundesländer.



„Als Berichterstatter des AdR habe ich mich dafür eingesetzt, dass Einnahmen aus dieser Steuer auch für soziale Aufgaben der EU-Länder

zur Verfügung stehen“, so Christoffers. Es wird mit jährlichen Einnahmen von 54 Milliarden € gerechnet. DIE LINKE setzt sich seit Mitte der 1990-er Jahre für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer ein. „Unsere politische Position aus dem AdR ist inzwischen bei den Regierungschefs angekommen und mehrheitsfähig geworden“, kommentierte Martina

Michels (LINKE). Und weiter sagte sie: „Die EU hat viele Hoffnungen enttäuscht. Ihre Politik wird fast nur durch Regierungen bestimmt. Dem kann man mit einem starken Europaparlament begegnen. Es braucht eine starke LINKE als verlässliche Anwältin des Bürgerwillens. Wir lehnen die EU-weiten Kürzungsorgien bei Löhnen und Renten ab und wollen verbindliche Mindeststandards. Schon heute wird unser Leben in den Kommunen europäisch bestimmt, ob es um Wasser, Strom oder Verbraucherschutz geht. Auch deshalb wollen wir Europa verändern!“

## Europa in Brandenburg



### Ein schöner Bahnhofsvorplatz in Falkensee

Lange Jahre präsentierte sich das Umfeld des Bahnhofs in Falkensee in einem wenig einladenden Zustand. Unter anderem Dank der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wurde das Bahnhofsareal zu einem attraktiven Eingang in die Stadt umgestaltet.

### Tanzen im Alten Gymnasium

Wer in Neuruppin Stepptanzen lernen will, geht genauso ins Alte Gymnasium wie diejenigen, die wissen wollen, wie man Trompete spielt. Neuruppin ist eine von 15 Städten, die in der Förderperiode 2007 – 2013 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Programm „Nachhaltige Stadtentwicklung“ gefördert werden.

### Denkmalgeschützt und multifunktional

Das Friedrich-Wolf-Theater in Eisenhüttenstadt ist das größte Veranstaltungshaus in der Region. Dort finden Veranstaltungen aller Genres statt. Und ganz nebenbei trägt der Umbau des Theaters im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) zur Belebung der Innenstadt bei. Dies wurde u.a. mit EFRE-Mitteln in Höhe von 2,8 Millionen Euro möglich.

### Alle kennen das Bergschlösschen

In Spremberg kommt man am Bergschlösschen nicht vorbei. Erst kürzlich wurden mehr als 687.000 EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bereitgestellt, um den Rück- und Neubau von Gebäuden auf dem Gelände des Mehrgenerationen- und Kulturzentrums Bergschlösschen zu unterstützen.



### Bollhagens Töpfe, Tassen und Becher im Museum

Gleich neben dem Ofen- und Keramikmuseum Velten entsteht derzeit das Museum für den künstlerischen Nachlass der Keramikerin Hedwig Bollhagen (1907 – 2001). Die Stadt Velten erhält 835.000 Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für die Errichtung des Hedwig-Bollhagen-Museums.

Der Landkreis Oberhavel stellt weitere 540.000 Euro zur Verfügung.

### Erst Waschhaus, jetzt Kunsthaus

Da wo früher die Wäsche der Kirchenleute gewaschen wurde, können die Bürgerinnen und Bürger Prenzlau und die Gäste der Stadt Kultur und Geschichte der Uckermark erleben. Das ehemalige Waschhaus in Prenzlau wurde vor drei Jahren nach zweijährigem Umbau wieder eröffnet.

Die Sanierung des Waschhauses kostete insgesamt rund 1,1 Millionen Euro. Vom Land Brandenburg wurden 825.000 Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung gestellt.

### Breitbandausbau

Mit dem Bau des Breitbandnetzes wird seit März in den Planungsregionen Prignitz/Oberhavel, Barnim/Uckermark und Oderland-Spree begonnen, die anderen werden folgen. Dies ist möglich geworden, weil die Europäische Kommission das „Entwicklungskonzept Brandenburg – Glasfaser 2020“ des Brandenburger Wirtschafts- und Europaministeriums Anfang 2013 gebilligt hatte. Die Unterstützung mit europäischen Fördermitteln war notwendig geworden, weil Betreiber bisher Gebiete mit geringer Einwohnerdichte vom schnellen Internet ausgeschlossen hatten.

# Wählen gehen! So wird's gemacht.

Mustervordruck 11a  
Anlage 11a  
zu § 41 Absatz 1 Satz 1 BbgKWahlV

## Stimmzettel

für die Wahl zum Kreistag<sup>1)</sup> am \_\_\_\_\_ im Landkreis \_\_\_\_\_ Wahlkreis: \_\_\_\_\_

**Sie haben 3 Stimmen: x x x**

Sie können alle drei Stimmen **einer einzigen** Bewerberin oder **einem einzigen** Bewerber geben.  
Sie können Ihre drei Stimmen aber auch auf **mehrere** Bewerberinnen und Bewerber **desselben** Wahlvorschlags oder **verschiedener** Wahlvorschläge verteilen.

**Bitte beachten Sie:**  
Bei der Abgabe von mehr als drei Stimmen sind alle abgegebenen Stimmen ungültig!

1 A-Partei <b>AP</b>	2 Wählergruppe Feuerwehr <b>WGF</b>	3 Listenvereinigung X - C-Partei (CP) - Wähleraktion Torfstedt (WAT) - Wählerinitiative Nuth (WIN) <b>LX</b>	4 B-Partei <b>BP</b>
1. Dr. Zorn, Max Geburtsjahr 1951 Tierarzt Ginsterweg 12 Altmark <span style="float: right;">○○○</span>	1. Lenz, Moritz Geburtsjahr 1981 Elektroinstallateur Kantstraße 8 Torfstedt <span style="float: right;">○○○</span>	1. Kok, Ronald Geburtsjahr 1987 Unternehmer Nuthstraße 14 Nuthstede <span style="float: right;">○○○</span>	1. Stendal, Kathrin Geburtsjahr 1969 Kaufrfrau Schillerstraße 4 Bärenhausen <span style="float: right;">○○○</span>
2. Reim, Ramona Geburtsjahr 1987 Lehrerin Kleiststraße 21 Neumark <span style="float: right;">○○○</span>	2. Dorn, Magnus Geburtsjahr 1959 Landwirt Dorfstraße 17 Kleinstedt <span style="float: right;">○○○</span>	2. Sommer, Raphael Geburtsjahr 1953 Polizeibeamter Lindenstraße 5 Torfstedt <span style="float: right;">○○○</span>	2. Berger, Friedrich Geburtsjahr 1947 Bäckermeister Hauptstraße 55 Karstedt <span style="float: right;">○○○</span>
3. Köster, Karl Geburtsjahr 1948 Schlosser Eichenweg 2 Bärenhausen <span style="float: right;">○○○</span>	3. Mai, Charlotte Geburtsjahr 1963 Chemielaborantin Fontaneweg 9 Altmark <span style="float: right;">○○○</span>	3. Zwerg, Inka Geburtsjahr 1990 Hausfrau Chopinallee 5 Kleinstedt <span style="float: right;">○○○</span>	3. Dr. Gent, Rita Geburtsjahr 1959 Apothekerin Luisenstraße 12 Neustedt <span style="float: right;">○○○</span>
(usw.)	(usw.)	(usw.)	(usw.)

1) Muster gilt für die Wahl des Kreistages.

- ▶ **Erstmalig sind in Brandenburg bei der Wahl der Kommunalvertretungen und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister alle Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahre stimmberechtigt.**
- ▶ **Sie haben bei der Wahl der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der Ortsbeiräte jeweils drei Stimmen.**
- ▶ **Gewählt werden können die Bewerberinnen und Bewerber von Parteien, politischen Vereinigungen, Wählergruppen, Listenvereinigungen und auch Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber.**
- ▶ **Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel richtet**

- sich nach deren Stimmenanteil bei der vergangenen Kreistagswahl.**
- ▶ **Sie können die drei Stimmen einer Bewerberin bzw. einem Bewerber eines Wahlvorschlagsträgers geben (kumulieren) oder einzeln auf mehrere Bewerberinnen oder Bewerber entweder desselben Wahlvorschlagsträgers oder unterschiedlicher Wahlvorschlagsträger verteilen (panaschieren).**
- ▶ **Sie können auch weniger als drei Stimmen abgeben (eine oder zwei Stimmen). Ihre Wahl ist trotzdem gültig.**
- ▶ **Wenn Sie mehr als drei Stimmen abgeben, ist Ihr Stimmzettel ungültig.**



**Zum ersten Mal mit 16**

## Wähle, wie du leben willst

[www.linksjugend-solid-brandenburg.de](http://www.linksjugend-solid-brandenburg.de)

Unser ganzes Leben steckt täglich voller Entscheidungen darüber, wie wir unser Leben gestalten wollen. Häufig ist es nur eine Frage des Umganges miteinander aber persönliche Entscheidungen, Interessen und Bedürfnisse sind an vielen

Stellen hochpolitisch. Als politischer Jugendverband ist es unser Ziel Jugendlichen eine Plattform zu bieten, in der die eigenen Vorstellungen von einem gerechten Leben für alle entwickelt, diskutiert und für deren Umsetzung gemeinsam gestritten werden kann. Wenn in diesem Mai erstmals alle Jugendlichen Brandenburgs ab 16 Jahren dazu aufgerufen werden zur Wahlurne zu gehen, wollen wir diesen Aufruf erweitern, denn: Du hast an jedem Tag die Möglichkeit selbst zu entscheiden, ob du dich gegen Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen oder aber für deine Interessen und Ideen einsetzt. Nutze sie, egal ob in deiner Schule, deinem Ausbildungsbetrieb, in deinem Kiez oder aber in der Uni! Geh nicht einfach nur wählen, sondern werde aktiv!

## Ihre Spende für DIE LINKE

Sie können DIE LINKE über Ihre Wählerstimme hinaus auch mit einer Spende unterstützen. Medienwahlkämpfe sind teuer. DIE LINKE verzichtet als einzige Partei auf Spenden von Unternehmen und braucht deshalb auch Ihre Unterstützung. Für 20 € können wir 10 Plakate oder 1.000 Wahlzeitungen drucken lassen. Für 80 € können wir 1.000 Faltblätter für unsere Kandidat(inn)en zur Verteilung am Infostand herstellen. Jeder Betrag hilft. Bitte überweisen Sie unter Angabe Ihres Namens und Anschrift auf unser Konto Nr. 1000969068, BLZ 16050000 bzw. IBAN DE43 16050000 1000 9690 68, BIC WELADED1PMB.